

Gutachten für den Fachbereich Bodenschutz inkl. Landwirtschaft Frau Dipl.-Ing. Claudia Preinstorfer

Befund

A. Vorhabensbeschreibung:

Dem nachfolgenden Gutachten liegen folgende Unterlagen zu Grunde:

- Projektunterlagen „UVE Erweiterung Kalkschottergrube Viecht Nord I – Einreichprojekt 2020“, Verfasser: Freiland Umweltconsulting ZT GmbH, Wien / Graz, Revision 01 (übermittelt per Cloud des Landes OÖ am 26.4.2022)
- Oö. Bodenschutzgesetz 1991 idgF
- Orthofotos aus der Digitalen Katastralmappe DORIS-Intramap
- Lokalausgleich am 14.2.2019
- Überblicksmäßige optische Bestandsaufnahme der landwirtschaftlichen Nutzflächen im Untersuchungsraum Mitte Juni 2022

Das verfahrensgegenständliche Vorhaben umfasst laut Projektunterlagen:

- Erweiterung des bestehenden Abbaus Viecht auf die direkt nördlich des bestehenden Abbaus liegenden Grundstücke bzw. Grundstücksteile. Die Gewinnung soll analog zum bestehenden Abbau ausschließlich in Form einer Trockenbaggerung erfolgen.
- Weiterbeanspruchung von Flächen des bestehenden Abbaus
- Weiterbestand von bestehenden Bergbauanlagen (Aufbereitungsanlage, Disposition mit Brückenwaage, Betriebstankstelle, Trafostation etc.), die auch für den Gewinnungsbetrieb in der Erweiterung erforderlich sind. Direkt neben der Aufbereitungsanlage befindet sich die Asphaltmischgutanlage der Lieferasphalt GmbH & Co Viecht (LVA / Fremdfirma), die mit Produkten aus der Aufbereitung der Viecht der ASAMER Kies- und Betonwerke GmbH beliefert wird.
- Der projektgemäße Ablauf sieht zuerst die Gewinnung des mineralischen Rohstoffs in der Erweiterungsfläche Viecht Nord I und im Anschluss die restliche Rohstoffgewinnung im bestehenden Abbau Viecht vor. Dieser Ablauf ergibt sich laut Projekt aus dem Weiterbestand und der Weiternutzung der bestehenden Bergbauanlagen.
- Im Zuge der Rekultivierung im bestehenden Abbau Viecht erfolgt die Errichtung bzw. der Betrieb der Bodenaushub-Deponie Viecht I (teilweise Wiederverfüllung der geschaffenen Tagbauöffnung mit Bodenaushubmaterial) sowie die Anlage von Schlammteichen für die Einbringung der Waschschlämme aus der bestehenden Aufbereitungsanlage.

B. Aufgabenstellung:

Das vorliegende Teilgutachten zum Fachbereich „Bodenschutz inkl. Landwirtschaft“ wurde im Auftrag der Abteilung Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht des Amtes der Oö. Landesregierung im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung „Genehmigungsverfahren nach dem UVP-G 2000 Erweiterung Kalkschottergrube Viecht Nord I der Asamer Kies- und Betonwerke GmbH,

Unterthalhamstraße 2, 4694 Ohlsdorf“ auf Basis des übermittelten Prüfbuchs (Datum 17.11.2021, Version 1) erstellt.

Die nachfolgende Begutachtung des verfahrensgegenständlichen Vorhabens bezieht sich auf die durch das Vorhaben zu erwartenden Auswirkungen auf den landwirtschaftlich genutzten Boden und die Landwirtschaft.

Für den fachlichen Befund aus Sicht des Fachbereichs Bodenschutz inkl. Landwirtschaft wird auf das nun folgende Gutachten verwiesen, welches Fachbefund und gutachtliche Begründungen kombiniert.

Gutachten

Kurzbeschreibung Vorhaben

Das verfahrensgegenständliche Vorhaben umfasst laut Projektunterlagen die Erweiterung der Abbauflächen des bestehenden Abbaus Viecht auf die direkt nördlich des bestehenden Abbaus liegenden Grundstücke bzw. Grundstücksteile. Dabei sollen Flächen des bestehenden Abbaus sowie bestehende Bergbauanlagen (Aufbereitungsanlage, Disposition mit Brückenwaage, Betriebstankstelle, Trafostation etc.) weiter genutzt werden.

Die Gewinnung soll wie bisher ausschließlich als Trockenbaggerung erfolgen.

Das vorgelegte Abbauprojekt „Erweiterung Kalkschottergrube Viecht“ umfasst über einen Zeitrahmen von rund 20 Jahren die Bodeninanspruchnahme von insgesamt ca. 21,1 ha:

- Erweiterungsfläche (tatsächliche Abbaufäche sowie Begrenzungsdaan, Fahrweg) ca. 7,4 ha (ausschließlich Waldfläche) auf den Gst. Nr. 2107/1, 2137, 2138/1, 2139/1 (alle KG Windern, Gemeinde Desselbrunn)
- Weiter beanspruchte zum bestehenden Abbau Viecht gehörige Flächen (Gewinnung mineralischer Rohstoff, Betrieb Schläahteiche, Errichtung Bodenaushubdeponie Viecht I) ca. 13,7 ha auf den Gst. Nr. 2138/2, 2141, 2142/1 (alle KG Windern, Gemeinde Desselbrunn).

Projektgemäß sind von den Erweiterungsflächen keine landwirtschaftlichen Nutzflächen (Acker- und Grünland) betroffen.

Der projektgemäße Ablauf sieht zuerst die Gewinnung des mineralischen Rohstoffs in der Erweiterungsfläche Viecht Nord I und im Anschluss die restliche Rohstoffgewinnung im bestehenden Abbau Viecht vor. Dieser Ablauf ergibt sich laut Projekt aus dem Weiterbestand und der Weiternutzung der bestehenden Bergbauanlagen.

Im Zuge der Rekultivierung im bestehenden Abbau Viecht erfolgt die Errichtung bzw. der Betrieb der Bodenaushub-Deponie Viecht I (teilweise Wiederverfüllung der geschaffenen Tagbauöffnung mit Bodenaushubmaterial) sowie die Anlage von Schläahteichen für die Einbringung der Waschschläahte aus der bestehenden Aufbereitungsanlage.

Für die Beurteilung des Waldbodens wird auf die Ausführungen des Amtssachverständigen für den Fachbereich Wald / Forstwirtschaft und Jagd verwiesen.

Für die geplanten Rekultivierungen wird auf die Ausführungen der Amtssachverständigen für die Fachbereiche Wald / Forstwirtschaft und Jagd bzw. Natur- und Landschaftsschutz verwiesen, da projektgemäß keine Nachnutzung als landwirtschaftliche Nutzflächen vorgesehen ist.

Durch die geplante Weiternutzung von Flächen des bestehenden Abbaus sowie bestehender Bergbauanlagen im bestehenden Abbau Viecht kommt es zu einer Verlängerung der genehmigten temporären Bodennutzung.

Die Belastung des Schutzgutes Boden durch die projektgemäß geplante Weiternutzung der Anlagen und Einrichtungen des bestehenden Abbaus Viecht kann aus der Sicht des Fachbereichs Bodenschutz inkl. Landwirtschaft als geringfügig bezeichnet werden.

In den vorgelegten Projektunterlagen wird folgende fachspezifische Abgrenzung des Untersuchungsraums angeführt: Der **Untersuchungsraum** beinhaltet das Vorhabensgebiet und einen unterschiedlich breiten, grundsätzlich mit 500 m abgegrenzten Pufferbereich. Damit werden vom engeren Untersuchungsraum das Vorhabensgebiet sowie der für den Boden relevante Auswirkungsbereich erfasst. Weiters werden mit dem Untersuchungsraum auch das bestehende Abbaugelände und die vorhandene Infrastruktur (Zufahrtsstraßen, Betriebsgebäude etc.) erfasst.“

Boden und Landwirtschaft im Untersuchungsraum

Im vorgelegten Fachbeitrag „Fläche und Boden“ wird zu den **Bodentypen** wie folgt ausgeführt:

- Vorherrschende Bodentypen im Untersuchungsraum: geringmächtige Lockersedimentbraunerden und Parabraunerden
- Kleinflächig am Steilabfall der Hochterrasse zur Traun im Bereich schwach verfestigter Lockersedimente: Mischböden und sehr kleinräumig Rendzinen
- Sehr kleinflächig im Bereich des Traunufers: Rohauböden

Für die Beschreibung der Böden der landwirtschaftlichen Nutzflächen wird auf die untenstehende Beschreibung verwiesen.

Bodennutzung im Untersuchungsraum

Zur Bodennutzung im rund 155 ha großen Untersuchungsraum ist auszuführen, dass den mit rund 76 ha größten Teil der Wald ausmacht, der großteils die Schotterhochterrasse bedeckt. Landwirtschaftliche Flächen im Ausmaß von rund 23,88 ha liegen projektgemäß auf der Hochterrasse westlich des Vorhabensortes. Es handelt sich dabei fast zur Gänze um Ackerland (20,27 ha), Grünland ist vor allem kleinflächig rund um die Hofstellen vorhanden (in Summe rund 3,3 ha). Weiters sind projektgemäß auf rund 21,4 ha anthropogene Biotoptypen ohne Vegetation angeführt, die bestehende Kiesgrube Viecht hat eine Fläche von rund 12,1 ha.

Landwirtschaftliche Bodennutzung im Untersuchungsraum

Die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Untersuchungsraum liegen zur Gänze im Bereich von Hochterrasse bzw. angrenzendem tertiärem Hügelland.

- **Teilbereich der Schotterterrasse:** Schotterhochterrasse mit flachgründigen Braunerden; Sensibilität gemäß Bodenfunktionsbewertung für Bodenteilfunktion „Natürliche Bodenfruchtbarkeit“: gering.
- **Teilbereich des Hügellandes:** Tiefgründige Braunerden, hochwertiges Acker- und Grünland; Sensibilität gemäß Bodenfunktionsbewertung für Bodenteilfunktion „Natürliche Bodenfruchtbarkeit“: hoch.
- **Teilbereich mit Pseudogley-Vorkommen** (am nördlichen Rand des Untersuchungsraumes): mittelwertiges Acker- bzw. Grünland; Sensibilität gemäß Bodenfunktionsbewertung für Bodenteilfunktion „Natürliche Bodenfruchtbarkeit“: mäßig.

Gemäß einer überblicksmäßigen optischen Bestandsaufnahme der hiesigen Amtssachverständigen Mitte Juni 2022 werden im Untersuchungsraum überwiegend folgende **landwirtschaftliche Kulturen** angebaut: Wintergerste, Mais, Sojabohne, Ackerbohne, weiters sind kleinflächige Grünlandnutzungen vorhanden.

Projektgemäß sind von den Erweiterungsflächen keine landwirtschaftlichen Nutzflächen betroffen, sie befinden sich ausschließlich auf Waldflächen. Es ist nach der Rekultivierung keine Nachnutzung als landwirtschaftliche Nutzfläche geplant.

Geplante Ersatzaufforstungen

Zum Zeitpunkt der Gutachtenserstellung waren die von Ersatzaufforstungen betroffenen Grundstücke der hi. Amtssachverständigen nicht bekannt, in den vorgelegten Projektunterlagen sind jedoch geplante Ersatzaufforstungen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen (Grünland und Ackerland) angeführt. Diese sollen laut Angabe im vorliegenden Maßnahmenbericht im unterbewaldeten Alpenvorland durchgeführt werden: M02 „Ausgleichsaufforstungen für die zeitlich verlängerte Verwendung von bereits bisher genutzten Anlagen und Flächen“ und M03 „Ausgleichsaufforstungen Laubmischwald“.

In Bezug auf die Ersatzaufforstungen wird auf das Gutachten des Amtssachverständigen für Wald / Forstwirtschaft und Jagd verwiesen. Daraus geht eine erforderliche Ersatzaufforstungsfläche von 10,6 ha hervor.

Diese geplanten Ersatzaufforstungsmaßnahmen werden aus hi. Sicht zur Kenntnis genommen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass durch die geplanten Ersatzaufforstungen der landwirtschaftlichen Produktion nachhaltig rund 10,6 ha landwirtschaftliche Nutzfläche entzogen werden.

Abbaubedingte Emissionen

Laut den vorgelegten Projektunterlagen wurde der Untersuchungsraum für den Fachbeitrag „Luft und Klima“ in seiner räumlichen Ausdehnung so festgelegt, dass alle erheblichen und nachhaltigen Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter / Themenbereiche Luft, Klima, Mensch, Freizeit / Erholung, Pflanzen und Boden in ihrer räumlichen Ausdehnung berücksichtigt wurden und wurde wie folgt definiert:

GK M31 32.600 / 316.400 (LLC = SW-Ecke)
 35.800 / 319.600 (URC = NO-Ecke)

Der Untersuchungsraum hat eine Ausdehnung von 3.200 m in West-Ost- und 3.200 m in Nord-Süd-Richtung.

Im vorgelegten Fachbeitrag „Luft und Klima“ wird ausgeführt, dass laut den durchgeführten Berechnungen die IG-L-Grenzwerte für alle betrachteten Luftschadstoffe CO, NO₂, Benzol, PM_{2,5}, PM₁₀ und für den Staubbiederschlag bei allen Immissionspunkten und für alle Bezugszeiträume eingehalten werden.

Im vorgelegten Fachbeitrag „Luft und Klima“ wurden sowohl pflanzen- als auch bodenrelevante Immissionspunkte festgelegt.

Für die Beschreibung der landwirtschaftlichen Nutzflächen im ggst. Untersuchungsraum wird auf die Ausführungen weiter oben verwiesen.

Der Wirkfaktor **Staubdeposition** ist in Hinblick auf Pflanzen insofern relevant, als sich Staub auf den Blättern absetzt und dabei zur Abdeckung der Spaltöffnungen durch Staubpartikel führen kann, was eine Stoffwechselschädigung bewirkt. Je behaarter die Blätter sind, umso mehr Staub kann sich absetzen. Üblicherweise werden nicht abgebundene Stäube (wie sie auch im gegenständlichen Fall bei der Gewinnung von mineralischem Rohstoff aus der ggst. Kalkschottergrube anfallen) innerhalb weniger Tage von den Blattflächen wieder abgewaschen und die Blätter erholen sich vollständig.

In den vorgelegten Projektunterlagen ist zur Reduktion der Staubentwicklung die Verminderungsmaßnahme VM01 „Befeuchtung von nicht befestigten Fahrwegen und Betriebsstraßen“ vorgesehen.

Gemäß den Ausführungen im Fachbeitrag „Luft und Klima“ – liegt der maximale projektspezifische Anteil am Staubbiederschlag (max. JMW) bei 68 mg/m².d (an dem für Boden relevanten Immissionspunkt 302, welcher identisch ist mit dem für Pflanzen relevanten Immissionspunkt 202). Bei der angegebenen regionalen Grundbelastung von 117 mg/m².d beträgt die maximale Gesamtbelastung (JMW) 185 mg/m².d und liegt dies unter dem IG-L-Grenzwert von 210 mg/m².d. Dieser Immissionspunkt liegt in unmittelbarer Nähe östlich des Abbaubereiches. An den im Nahbereich von landwirtschaftlichen Nutzflächen weiter westlich bzw. nordwestlich gelegenen Immissionspunkten ist der maximale projektspezifische Anteil am Staubbiederschlag (max. JMW) jeweils niedriger: Immissionspunkt 306 (= 302): 19 mg/m².d (maximale Gesamtbelastung JMW = 136 mg/m².d) und Immissionspunkt 309 (= 209): 9 mg/m².d (maximale Gesamtbelastung JMW = 126 mg/m².d).

Einträge von **Stickstoffverbindungen** haben für landwirtschaftliche Böden keine Relevanz, da die Einträge aus Düngungsmaßnahmen jene aus der Atmosphäre bei weitem übersteigen.

Die durch den ggst. Abbau bedingten Emissionen haben aus Sicht des Fachbereichs Boden inkl. Landwirtschaft geringfügige Auswirkungen.

Zusammenfassend hat das ggst. Projekt „Kalkschottergrube Viecht Nord I“ aus Sicht des Fachbereichs Boden inkl. Landwirtschaft geringfügige Auswirkungen, die keine als erheblich zu bezeichnenden qualitativen und quantitativen Beeinträchtigungen nach sich ziehen.

Ad „Stellungnahmen“

In den **Stellungnahmen** der Oö. Umweltanwaltschaft vom 7.4.2022 und des Naturschutzbundes Oberösterreich vom 8.4.2022 sind aus hi. Sicht keine den Fachbereich „Bodenschutz inkl. Landwirtschaft“ betreffende Fragestellungen enthalten.

1. Auflagenvorschläge:

- 1.1. Die Bestimmungen des § 11 Oö. Alm- und Kulturflächenschutzgesetz sind einzuhalten.

Begründung: Dies ist eine rechtliche Verpflichtung aus einer gültigen Gesetzesmaterie.

C. Zusammenfassung:

Kurze Vorhabensbeschreibung

- Das vorgelegte Abbauprojekt „Erweiterung Kalkschottergrube Viecht“ umfasst über rund 20 Jahre die Bodeninanspruchnahme von insgesamt 21,1 ha: Erweiterungsfläche 7,4 ha, weitergenutzte Fläche des bestehenden Abbaus Viecht 13,7 ha.
- Weiters sollen bestehende Bergbauanlagen (Aufbereitungsanlage, Disposition mit Brückenwaage, Betriebstankstelle, Trafostation etc.) weiter genutzt werden. Die **Belastung** des Schutzgutes Boden durch diese Weiternutzung im Ausmaß von rund 13,7 ha kann aus der Sicht des Fachbereichs Bodenschutz inkl. Landwirtschaft als **geringfügig** bezeichnet werden.
- Projektgemäß sind von den **Erweiterungsflächen keine landwirtschaftlichen Nutzflächen** betroffen, sie befinden sich ausschließlich auf Waldflächen. Es ist nach der Rekultivierung keine Nachnutzung als landwirtschaftliche Nutzfläche geplant.

- **Landwirtschaftliche Bodennutzung** im Untersuchungsraum: Rund 23,9 ha des in Summe 155 ha großen Untersuchungsraums sind landwirtschaftliche Nutzflächen (fast zur Gänze Ackerflächen, Grünland vor allem kleinflächig rund um die Hofstellen). Sie liegen auf der Hochterrasse westlich des Vorhabensgebietes.
- **Geplante Ersatzaufforstungen:** Zum Zeitpunkt der Gutachtenserstellung waren die von Ausgleichsaufforstungen betroffenen Grundstücke der hi. Amtssachverständigen nicht bekannt, in den vorgelegten Projektunterlagen sind jedoch geplante Ausgleichsaufforstungen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen (Grünland und Ackerland) angeführt. Laut Gutachten des Amtssachverständigen für Wald / Forstwirtschaft und Jagd sind Ausgleichsaufforstungsflächen im Ausmaß von 10,6 ha erforderlich. Diese geplanten Ausgleichsaufforstungsmaßnahmen werden aus agrarfachlicher Sicht zur Kenntnis genommen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass **durch die geplanten Ausgleichsaufforstungen der landwirtschaftlichen Produktion nachhaltig rund 10,6 ha landwirtschaftliche Nutzfläche entzogen** werden.

Abbaubedingte Emissionen

- Laut den vorgelegten Projektunterlagen werden die IG-L-Grenzwerte für alle betrachteten Luftschadstoffe und für den Staubniederschlag bei allen Immissionspunkten und für alle Bezugszeiträume eingehalten.
- Der Wirkfaktor **Staubdeposition** ist in Hinblick auf Pflanzen insofern relevant, als sich Staub auf den Blättern absetzt und dabei zur Abdeckung der Spaltöffnungen durch Staubpartikel führen kann, was eine Stoffwechselschädigung bewirkt. Je behaarter die Blätter sind, umso mehr Staub kann sich absetzen. Üblicherweise werden nicht abgebundene Stäube (wie sie auch im gegenständlichen Fall bei der Gewinnung von mineralischem Rohstoff aus der ggst. Kalkschottergrube anfallen) innerhalb weniger Tage von den Blattflächen wieder abgewaschen und die Blätter erholen sich vollständig.
- Einträge von **Stickstoffverbindungen** haben **für landwirtschaftliche Böden keine Relevanz**, da die Einträge aus Düngungsmaßnahmen jene aus der Atmosphäre bei weitem übersteigen.
- Die durch den ggst. Abbau bedingte **Staubdeposition** ist aus Sicht des Fachbereichs Boden inkl. Landwirtschaft als **geringe Auswirkung** zu bezeichnen, die keine als erheblich zu bezeichnenden qualitativen und quantitativen Beeinträchtigungen nach sich zieht.

Zusammenfassend hat das ggst. Projekt „Kalkschottergrube Viecht Nord I“ aus Sicht des Fachbereichs Boden inkl. Landwirtschaft geringfügige Auswirkungen, die keine als erheblich zu bezeichnenden qualitativen und quantitativen Beeinträchtigungen nach sich ziehen.